

WIENER HAUSAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber Franz Michalek

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 11. Juni 1920, Nr. 193

Meisteraufführungen Wiener Musik. Im Rahmen der Meisteraufführungen Wiener Musik ist der 12. und 13. Juni der Wiener Volksmusik gewidmet. Die Veranstaltungen finden teils im Vergnügungspark (Prater), und teils im Metropoltheater und in der Parisiana statt. Ein Eintrittspreis von K 8⁰⁰ ist für die Veranstaltungen im Vergnügungspark festgesetzt. Dort werden u. a. die Kapelle Wacek, die Straßenbauernkapelle, das Schleinererquartett (mitwirkend Felicie Mihacsek von der Staatsoper) Blanka Glossi, Emerich Reimers (Staatsoper), Hansi Niese, Viktor Heim. (Spätere Vorträge) Elise Antmann (Tanz), der Wiener Männergesangverein, die Bläservereinigung August Stiegler, zu hören sein. Außerdem finden am 12. nachmittags im Metropoltheater ein Konzert des Wiener A-Capella Chores (mitwirkend Streichquartett Kofke). Am 12. um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends findet die Festveranstaltung von „Euseb Methusalem“ von Johann Strauß (Dirigent Reichenberger von der Staatsoper) statt. In der Parisiana an beiden Tagen um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags „Wiener Biedermeier“ (mitwirkend Dr. Berger, Viktor Heim, Karl Lafite, Roman Hild). Am Sonntag, den 13. von 10 bis 12 vormittags ein „Jugendvormittag“ mit Konzerten und Kinderballette von der Staatsoper, Vorträge des Wiener A-Capella-Chores. Karten durch die Schulleitungen. Bei ausgeprochen ungünstiger Witterung wird der Fest verschoben, was noch ausdrücklich bekanntgegeben wird.

Die Ausspeisung von 15.000 Wiener Kindern. Der Direktor der amerikanischen Kinderhilfsaktion Stoktor und der Generalkommissär des österreichischen Jugendhilfswerkes Professor Klegens Pirquet haben dem ehemaligen Gemeinderate Gustav Scherfer ein Diplom gesendet, mit dem Ausdruck der Anerkennung und des Dankes für die erfolgreiche Mitwirkung bei dem Kinderfeste im Vergnügungspark von den Amerikanern Augarten, bei welchem 15.000 Wiener Kinder ausgespeist wurden.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Die Aufführungen des Euseb Methusalem im Metropoltheater im Vergnügungspark beginnen am Samstag um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr, am Sonntag um 4 Uhr und um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 11. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Gemeinderat Franz Domes hat sein Gemeinderatsmandat mit Rücksicht auf die Ueberbürdung mit Aufgaben die ihm auf gewerkschaftlichen Gebiete übertragen worden sind, zurückgelegt. Franz Domes war seit Mai 1906 Mitglied des Wiener Gemeinderates und vertrat in demselben den V. Wiener Gemeindebezirk. Gemeinderate beteiligte er sich mit Fleiß und Eifer an der Arbeit dieser Körperschaft und stellte sein reiches Wissen und seine Erfahrungen, die er insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete besitzt, jederzeit gerne zur Verfügung. Ich spreche in der Gemeinderatsitzung dem scheidenden Kollegen den wärmsten Dank für sein langjähriges Mitwirken am Wiener Gemeinderat aus.

Gespendet haben: Die italienische Chorvereinigung „Verdi“ in Zürich zugunsten der am meisten bedürftigen Kinder Wiens 715.50 Proze = K 17.083.

Die „Wormser Zeitung“ zur Linderung der Not Oesterreichs 2.520 Mark = 11.252 K.

Der „Mainzer Anzeiger“ zugunsten der Kinder Wiens 2.500 Mark = 10.637 K.

Der Fischer-Klub „Weißes Kreuz“ in New York zugunsten der notleidenden Kinder Wiens 1000 K.

Helene Salzer Hofratsgattin für arme Kinder des X. und XVI. Bezirkes 6000 K.

Das Bürgermeisteramt Groß-Graben in Heusen für Wiener Kinder 855.40 Mark = 4.362.54 K.

Hugo Fürst, Besitzer des „Brennkaffees für arme Kinder“ des I. Bezirkes 1000 K.

Johann Hacker, Gastwirt, I. 300 K.

Die Firma Baumann & Beckman in Athen für die hungernde Bevölkerung Wiens 620 K a. W.

Die Drogengroßhandlung Philip Röder - Bruno Raabe A.G. in Wien, der Feuerwehrmannschaft für eine Hilfeleistung 500 K.

Stammgäste des Deutzer Hofes in Köln-Deutz für die notleidenden Wiener Kinder 403 K.

Direktor Dr. Richard Baum für die Armen Wiens 200 K.

William Præder in St. Louis Nord-Amerika, für Zwecke der Kinderausspeisung 1 Dollar = K 18.-

Staatskanzler Dr. Renner, anlässlich einer Spende des Vereines Centro-Germania, Republik Uruguay, zur Verteilung an die notleidende Bevölkerung Wiens, 2 Kaggons Liebesgaben in Form von Lebensmittel und Bedarfsartik.

Der Verein für Unterstützung der Notleidenden in Deutsch-

land und Deutsch-Oesterreich in Detroit, Nord-Amerika 250 K. - sten Fondeswilleh.

Die Einwohner der Stadt Passaic in Nord-Amerika zugunsten der Stadt Wien, Anweisungen auf Dollarpakete im Gesamtwerte von 1500 Dollar.

Die amerikanische Handels- und Transportgesellschaft in New-York 1 Kiste Liebesgaben.

Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe in Berlin eine größere Menge Liebesgaben für Wien aus einer finnischen Sendung.

Der Deutschösterreichische Unterstützungsverein in St. Louis für notleidende Deutschösterreicher, Dollarpakete im Werte von 400 Dollar.

Oskar Treibigach in New-York für unterernährte Kinder Wiens ein Dollarpaket im Werte von 50 Dollar.

Die deutsche Hilfsgesellschaft in Mangauti, Nord-Amerika, ein Dollarpaket im Werte von 50 Dollar.

Die dänische Kollegenkassenhilfe für Oesterreich zugunsten des VI. und VII. städtischen Waisenhauses einen Sack Reisgrieß, zwei Säcke Kartoffeln und 40 kg Kakao.

Dr. Landau 10.000 K zur Verteilung nach dem Ermessen des Bürgermeisters.

Bgm. Reumann teilt mit, daß bezüglich mehrerer auf der Tagesordnung stehender Geschäftsstücke keine Einwendung erhoben wurde, und zwar Post Nr. 3 bis 12, so daß diese als angenommen gelten.

Hierauf wird an die Bedienung der Tagesordnung geschritten.

GR. Hackl (Sez-Dom.) berichtet über das bekannte Uebereinkommen der Gemeinde Wien mit der Länderbank bezüglich der kaufmännischen Führung der Holzaufbringung. Der Referent weist in seiner Begründung darauf hin, daß die gemischtwirtschaftlichen Betriebe die besten seien. Die Verbedingungen einer gedehlichen Arbeit bei monopolisierten Betrieben seien der Beschäftigung und Betrieb vom Ur- bis Endprodukt. Solche Betriebe habe die Gemeinde Wien nur zwei, nämlich die Wasserleitung und die Kehlenbergwerke und Elektrizitätswerke in Zillingsdorf. In der Vorkriegszeit habe die Gemeinde Wien nur Unterstuhholz für sich bezogen und zu diesem Zwecke war ein Beamter bestellt, der

Ersparungsmaßnahmen im Jubiläumsspital. Der von der Gemeinde Wien zur Überprüfung der Gebarung der städtischen Humanitätsanstalten bestellte Generalstabserzt Dr. Pick hat bereits in den ersten Tagen seiner Tätigkeit einen Ersparungsantrag veranlaßt. Im Jubiläumsspital besteht ein Fernheizwerk, so daß im Budget 1920/21 ein Betrag von 19 Millionen Kronen eingestellt ist. Gegenwärtig wird die Heizanlage selbst im Sommer voll im Betriebe erhalten zu dem Zwecke um in einzelnen Abteilungen kleine Apparatkocher zu heizen. Der Antrag, den heute auch der Stadtsenat beigetreten ist, geht dahin, daß mit dem Aufwande von 200.000 K zur Bedienung dieser kleinen Kochapparate Rechaufes und Gasöfen aufgestellt werden. Dadurch wird nicht nur täglich eine Kohlenmenge von drei Viertel Waggens erspart, sondern es ermöglicht auch die bisher notwendige Nachschicht, die zwei große Heizkessel außer Betrieb gesetzt werden. Die tägliche Ersparung beträgt 15 - 18.000 K, so daß die Investition von 200.000 Kronen in 14 Tagen amortisiert ist. Die jährliche Gesamtersparnis beträgt 3 Millionen.

Ab dem Stadtsenat. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde die Ausgestaltung der Benzolanlage im städtischen Gaswerke, die Überlassung von Tagesheimstätten der Gemeinde Wien an Körperschaften der freien Jugendfürsorge für das Jahr 1920 die Fertigstellung einiger Schulen beschlossen und die erste Arbeit für die Errichtung des neuen Südfriedhofes bei der Rosenkranzkirche in Meidling vergeben.

Der Beamte nicht damit ausschließlich beschäftigt war. Nun soll dieser Beamte plötzlich zur Aufbringung so großer Mengen Holz, wie sie jetzt benötigt werden, verwendet werden. Zur Aufbringung der erforderlichen 800.000 Kubikmeter Holz müssen mit 28 Bezirkshauptmannschaften bzw. 6 Ämtern verhandelt werden. Diese Verhandlungen ließen sich im Amtswege kaum durchführen. Man habe sich also entschlossen Fachleute zur technischen Durchführung heranzuziehen. Wenn das der Gemeinde Wien zugewiesene Holz in vollem Ausmaße wirklich an den Konsumenten gebracht werden sollte, müsse es rasch geschliffen werden und der Transport rasch vor sich gehen. Das habe im amtlichen Wege seine große Schwierigkeit. Wichtigste kaufmännische Kräfte, wo tüchtige Fachleute notwendig seien, müsse man mehr als unverantwortlichen gemischtwirtschaftlichen Betrieben zustreben. Redner empfehle daher das Übereinkommen mit der Länderbank anzunehmen.

Vize-Bgm. Hose übernimmt den Vorsitz.

Kleinböck (chr.-soz.): Die Holzversorgung war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr das allertraurigste Kapitel der Gemeindeverwaltung. Ueber unsere wahren Urgegnen hat der Bürgermeister im vorigen Herbst hängend erklärt, die Holzstellen nur geschaffen, um Unterföhholz zu schaffen und nicht in der Lage, ihrer Aufgabe, Brennholz in größerer Menge herbeizuschaffen, gerecht zu werden. Ueber diesen erschütternden Verzweiflungsschrei hinaus haben wir eigentlich bis zum Schlusse nicht viel mehr gehört. Infolge des Mangels einer organisatorischen Grundlage ist es zu den trübseligen Zuständen im vorigen Winter gekommen, die zur Verwüstung der Wiener Gemarkung geführt haben, verbunden mit Missbräuchen, die das Rechtsgefühl der Bevölkerung aufs schwerste erschüttert haben. Die moralischen Verwüstungen sind nicht geringer als die materiellen, deren Opfer unsere Stadt und deren Umgebung geworden ist. Jetzt wäre es an der Zeit, die grundlegenden Bestimmungen zu schaffen, damit es im kommenden Winter besser werde. Es läßt sich heute schon sagen, dass im nächsten Winter die Holzversorgung eine ausserordentlich wichtige, für vielleicht die allerwichtigste Aufgabe sein wird. Nun hätten wir heute erwartet, dass uns ein Plan vorgelegt wird, wie sich die Gemeinde Wien die Holzversorgung im nächsten Winter denkt.

Im Referate ist zugegeben worden, dass im wesentlichen die Methode vom Vorjahre nicht genügt und dass etwas anderes geschehen muss, um das Holz aufzubringen. Es ist aber nicht davon die Rede, wie man sich die Holzversorgung denkt, und wie das Holz aufgebraucht werden soll. Der Referent hat einen interessanten Vortrag über gemischtwirtschaftliche und reinwirtschaftliche Betriebe gehalten. Ueber Holzbringung aber hat er nichts gesagt. Die Länderbank soll nun das alles leisten, was die Gemeinde nicht leisten konnte. Wenn das die Auffassung der Gemeindeverwaltung ist, so könne man wohl niemandem erklären, Es müsse auch bemängelt werden, in welcher unverantwortlichen Weise referiert worden ist. Es soll ein Übereinkommen beschlossen werden, nach dem die Länderbank unbeschadet des gesamten niederösterreichischen Kontingentes das Holz aufbringen soll.

Nun komme ich zu einem Übereinkommen selbst. Nach dem Übereinkommen soll die Länderbank namens der Stadt Wien handelnd auftreten. Das ist kein Geschäft, sondern eine Bevollmächtigung. Was sie tun wird, wird hier überhaupt nicht gesagt. Es wird nur

auf künftige Beschlüsse verwiesen. Wir stehen Mitte Juni und erhalten einen Bericht, in welchem nicht ein Sterbenswort steht, welchen Auftrag die Länderbank hat. Wenn ich mit jemandem einen Leistungsvertrag schliesse, muss die Leistung darinnen genannt sein, es wird aber nur eine Vollmacht erteilt, die nur in weitgestreckten Terminen gekündigt werden sollen. Das lässt sich nach keiner Richtung hin rechtfertigen. Was denkt sich aber die Länderbank. Sie hat die Aufgabe gute Geschäfte für ihr Unternehmen zu machen und wird ja auch ihr Geschäft verstehen. Sie schliesst also dieses Übereinkommen mit der Gemeinde Wien, in der sicheren Erwartung, das Holzgeschäft für sich zu monopolisieren. Das Übereinkommen hat eine Bestimmung, dass die Gemeinde Wien der Länderbank die Selbstkosten ersetze. Das ist wahr während, dass die Leute alles für ganz umsonst machen. Ich kann wohl einer Bank gut zumuten, dass sie in Kriegsjahren eine kleine Aktion der Gemeinde Wien zuliebe tut, dass sie aber eine so weit greifende, einen so ungeheuren Apparat erfordernde Sache aufstellt, nur aus Liebe zu Ihnen, dazu müsste man einen Grad von Naivität besitzen, den ich nicht habe. Selbstkosten, das heisst, dass Sie alles anerkennen, was Ihnen die Länderbank als Selbstkosten verrechnen wird.

Der Herr Kollege Hackl lebt in der Vorstellung, dass er sich um einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb handelt. Er ist sehr schlecht beraten, denn was in diesem Übereinkommen steht, ist genau das Gegenteil. Das ist von allen Formen, welche jetzt gezeitigt worden sind, die allerunerspäglichste und allergefährlichste, nämlich das Monopol mit Zwangsmaßnahmen und andererseits die Durchführung übergeben einer rein privaten Gesellschaft. Die Vorlage ist absolut unannehmbar, es steht darinnen nur ein Versprechen an die Länderbank verbunden mit einer Bevollmächtigung wodurch Sie sich der Länderbank ausliefern. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen.

DR. GLAVIN (chr.-soz.): Was wir heute erleben, ist wieder so eine Art Spezialisierung. Bei der Holzversorgung kommen 3 Mandate in Betracht, die Bringung, die Verteilung, und der Referent hat Recht, wenn er sagt, dass die Holzversorgung zu einem Monopol nicht geeignet ist. Die Bringungskosten machen das Sieben bis Achtfache dessen aus, was das Holz an Stamme kostet. Die Holzbringung wird dann einen Erfolg haben, wenn sie jemand übernimmt der draussen seine Verbindung mit den Forstern, Fuhrwerkbesitzern und Förstern hat. Die Bevölkerung wird in der Länderbank keine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft erkennen. Bezüglich der Bringung ist von der Länderbank nichts zu erhoffen. Es bestehen 1400 Brennholzhandwerker in Wien, welche dadurch eigentlich ausgeschaltet werden.

Die Länderbank wird 20 neue Verkaufsstellen und Holzverkaufsstellen stellen errichten. Bei den heutigen Preisen kann man sich denken, welche Kosten das Vorkaufsstellen Verrechnen wird. Sie sind daher die Folge der sogenannten Selbstkosten, sehr gross sein. Weil das ganze Investierte Kapital in einem Jahr erschrieben werden muß. Und wenn die Länderbank nun 20 für nichts verdienen würde, was niemand glaubt, so hat sie noch einen Jahr ein sehr wertvolles Inventar, welches die Holzkonsumenten zu verteuerten Holzpreisen mit bezahlen haben. Wir können die Verantwortung für die Verteuerung des Holzpreises nicht übernehmen. Es wäre ein viel einfacheres Mittel gewesen, den freien Handel in Holz zu erlauben und sich Holz zu kaufen. In der nächsten Sitzung werden wir auch schon einen Holzvertrag mit der Länderbank haben. Der Herr Kollege Hackl hat die Holzversorgung in die Hand genommen. Das Übereinkommen der Holzversorgung in die Hand nehmen

weltliche, angenehmen hätten. Ihre Unfähigkeit wird sich durch dieses Uebereinkommen auf neue dartun. Wenn Ihre Parteigenossen in Graz wegen der Kirchen davongelaufen sind, so wird Ihnen dasselbe wegen der Holzversorgung passieren, denn die Bevölkerung wird zur Einsicht kommen, daß sie sich von Ihnen nicht weiter zum besten halten lassen wird.

GR. Rotter (chr.-soz.) nennt das Referat eine Abkehr von den sozialpolitischen Lehren der Sozialdemokratie. Wenn der Referent die bisherige Tätigkeit der Holzstelle kritisiert hat, so müsse dies bedauert werden. Die Holzstelle hat nie gearbeitet und sie hat auch viel Holz nach Wien gebracht. Das Referat sei ein Misstrauensvotum gegen die Beamten der Holzstelle und es müsse bedauert werden, dass der Referent die Ausführungen getan hat. Es hätte statt der Übertragung der Holzaufbringung an die Länderbank ein gemeinschaftliches Unternehmen geschaffen werden sollen, das die Holzversorgung hätte in die Hand nehmen sollen. Durch die Länderbank über, die Direktoren, Beamte und Agenten anstellen wird, wird das Holz verteuert werden. Am Schlusse ~~er~~ ^{fragt} ~~er~~ ^{bedauer}, was zum Schutze des Wienerwaldes vorgelahrt worden sei und erklärt, dass seine Partei aus den von den Rednern angeführten Gründen gegen die Vorlage stimmen werde.

GR. Erntner (deutschnat.) schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an und meint, die Folge dieses Vertrages werde eine neuerliche Belastung der Bevölkerung mit einer indirekten Steuer durch die Erhöhung der Brennholzpreise sein. Seine Partei werde daher gegen den Antrag stimmen.

GR. Eiber (chr.-soz.) sagt, der Referent sei von einem sonstigen Bereiche abgewichen. Denn was er sonst sagte, war einfach verständlich und wahr, was er heute sagte, sei unverständlich und weiche von der Wahrheit ab. Eine gewöhnliche Vollmacht werde referiert und genannt werde als gemischtwirtschaftliche Unternehmung. Wenn man, führt Redner weiter aus, jemandem eine Generallvollmacht zum Einkaufe gibt, so ist das eine ungeheuer reiche Vollmacht, bei der die gegenseitigen Verpflichtungen genau festgelegt werden müssen. Gerade weil es sich um das Geld des Volkes handelt, müssen wir die grösste Vorsicht walten lassen. Das Engagement mit der amerikanischen Kohle hat mit einer Million Kronen Defizit geendet, ohne dass die Gemeinde ein Kilogramm Kohlen bekommen hätte. Wir haben es Ihnen vorausgesagt, und sagen es Ihnen heute voraus, dass man so nicht wirtschaften kann. Wenn das neue in dem besteht, dass sie unsinniges errichten, so wird sich die Bevölkerung nur solche Neueinführungen bedauern. Das Weber-

einkommen hat arge Mängel; es müsste gesagt werden, was die den Einrichtungen, Millionen kosten werden, geschehen wird, es müsste auch eine Preisgrenze festgesetzt werden. Die grösste Gefahr im Vertrage liegt darin, dass das eine versteckte Zentralenwirtschaft, eine neue Zentrale ist; Sie getrauen es sich nur nicht zu sagen. Sie müssen sich endlich dazu bequemen, dass die bestehenden Berufsorganisationen zu ziehen und dem Urteile der Wohlwäter, sich glauben schenken und folgen. Solange Sie dazu nicht zu bekehren sind, ist es ausgeschlossen, dass Sie in irgend einem Belange etwas wohlwollend für das Volk tun können. (Zustimmung bei den Christlichsozialen)

GR. Hackl (Soz.-Dem) weist in seinen Schlussworten darauf hin, dass in der Debatte wohl sehr viel kritisiert worden sei, dass aber kein Vorschlag gemacht wurde. Es ist bemängelt worden, dass kein Programm vorgelegt wurde, und dass keine Preise für die Lieferung des Holzes genannt wurden. Der Einkaufspreis ist durch die Verordnung festgesetzt. Es ist unmöglich, dass die Holzstelle mit 1100 Waldbesitzern alle Verhandlungen bezüglich der Holzversorgung durchführen kann. Gesagt muss werden, dass die Beamten der Holzstelle viel und fleissig gearbeitet haben, dass ihre Arbeit aber naturgemäss viele Hindernisse vor sich hatte, so dass sie nicht so fruchtbringend sein konnte. Die Länderbank hat für die Holzversorgung da sie auch schon früher in diesen Sachen gearbeitet hat, einen technischen Apparat. Die Gemeinde macht bei Annahme des Antrages nur das was auch sonst schon durch Unternehmer geschehen ist. Von einer Monopolstellung der Bank könne bei der Menge von 200.000 m³ wohl nicht gesprochen werden. Wenn ein anderer Unternehmer der Gemeinde Holz verkaufen wird, so wird die Gemeinde auch dieses Holz, wenn es preiswert ist, verkaufen. Die Gemeinde muss sich eben an jemanden kapitalkräftigen wenden der der Aufgabe gewachsen ist, und da durch den Vertrag nur in eine Geschäftsverbindung mit der Länderbank getreten wird, ersucht der Referent den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende verkündet sodann, daß auch zu den Referaten 13 bis 30 des 3. Nachtrages keine Wortmeldungen erfolgt sind und dieselben daher als angenommen gelten.

Nun übernimmt zum erstenmale die weibliche Vorsitzende des Gemeinderates Frau Amalie Seidel den Vorsitz, von der Majorität mit lebhaften Braverufen und andauernden Händeklatschen begrüßt, wofür Frau GR. Seidel lächelnd dankt.

GR. Hellmann (Soz.-Dem.) berichtet über die Beitragsleistung der Gemeinde Wien ~~an~~ ⁱⁿ der Abtrennung der nieder-

österreichischen Landeslehrerakademie vom Pädagogium.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Wenn Sie durch lauten Beifall ihre Freude zum Ausdruck gebracht haben, daß heute zum erstenmale ein weibliches Mitglied des Gemeinderates den Vorsitz führt, will ich nicht weniger galant sein und mich darüber freuen, daß ich der erste Gemeinderat bin, der von diesem weiblichen Vorsitzenden das Wort erhalten hat. Ich hoffe, daß die weiblichen Vorsitzenden nicht allzu straff gegen die Opposition die Zügel führen werden und daß sie gerecht und unparteiisch ihres Amtes walten werden. Gestatten Sie nun, daß ich zum Gegenstande eine Reihe von Wünschen vorbringe, die wir als Bedingung voraussetzen müssen, daß wir für diese Beitragsleistung stimmen. Die Lehrerakademie ist in sehr schöne Räume in der Beerhavgasse übersiedelt. Ich wünsche mich, daß Organe der Unterrichtsverwaltung ~~an~~ ^{an} Fremde dorthin führen und ihnen die von der heutigen Unterrichtsverwaltung gegründete Lehrerakademie zeigen. Ich muß aber feststellen, daß die Lehrerakademie eine Schöpfung der christlichsozialen Partei ist. Ich muß ferner rügen, daß fast die Hälfte der Akademie in der Hegelgasse untergebracht ist. Man hätte mit der Ueberleitung ~~an~~ ^{an} müssen, bis in der Beerhavgasse genügend Platz ist. Ich hätte es für zweckmäßiger gehalten die Lehrerakademie in der Hegelgasse zu lassen und die Lehrerbildungsanstalt in die Beerhavgasse zu ~~an~~ ^{an} verlegen. Ich weiß, daß der Besuch der Lehrerakademie darunter leidet, weil die Tramwaypreise für manchen jungen Lehrer und Lehrerin unerschwinglich sind. Ich möchte den Wunsch aussprechen, das einem Ansuchen um Fahrpreisermäßigung entgegengekommen werde.

Statt dass im Oktober mit den Kursen angefangen worden wäre, wurde erst im Februar damit begonnen, was schädigend gewirkt hat. Es wäre Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, die Lehrerakademie so auszugestalten, dass ihr der Charakter einer Hochschule gegeben werden kann. Die Lehrerschaft muss auch wissen, welches Ziel sich die heutige Lehrerakademie steckt. Es wurde von der Direktion bereits am 7. Juni 1919 ein Statut vingersieht, welches bis heute in keiner Weise in Beratung gezogen noch erlassen wurde. Ich muss die Forderung an die Landesverwaltung erheben, dass das Statut demnächst erscheint, damit Lehrer und Hörer an der Akademie wissen, welchen Zweck diese Schule und welche Aufgaben sie im Wesen des Volksbildungsorganismus zu erfüllen hat. Ich vermissen auch ein vollständig durchgebildetes pädagogisch - didaktisches Seminar.

Massnahmen zur Rettung des technischen Museums. Die Gemeinde Wien hat sich bereit erklärt, das technische Museum, das vor dem finanziellen Zusammenbruche steht und die Gehalte an die Angestellten im Juni nicht einmal mehr auszahlen kann, dadurch dauernd zu sanieren, dass Vereinbarungen zwischen dem Staat und der Gemeinde getroffen werden. Dieses Ergebnis wurde in einer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reumann und unter Teilnahme der Staatssekretäre Reich und Zerdik abgehaltenen Sitzung erzielt. Dabei wurde konstatiert, dass für den Juni noch 50.000 K notwendig sind, welche heute im Stadtsenat als Nachtragesubvention bewilligt wurden. Ferner hat sich die Gemeinde bereit erklärt, jährlich 350.000 K für das Museum beizutragen, unter der Bedingung, dass dieses in staatliche Verwaltung geführt werde. Ebenso wird der Grund, den die Gemeinde seinerzeit beigegeben hat, unter denselben Bedingungen an den Staat übertragen. Den weiteren Bedingungen der Gemeinde entsprechend wird Schule und Arbeitervereinigungen sowie der Besuch des Museums sowie die Teilnahme an den Vorträgen und Führungen unentgeltlich gewährt.

Es müsse auch ein pädagogisch diktatorisches Seminar eingerichtet werden, gleich wie für die Heranbildung von Arbeits-, Koch- und Haushaltungs- und Hilfsschullehrerinnen ~~an~~ gesorgt werden müsse. Die Zahl der Dozenten müsse manchen Überflüssigen auf und es könne nicht ungezeigt sein, wenn ein kommunistisch angehauchter Mann, wie Max Adler, als Dezent für Gesellschaftslehre erscheint. Die Dezenten müssen auch in einer Zeit, wo hohe Gehalte für die Angestellten gefordert und auch gezahlt werden, besser gestellt werden und es gehe nicht an, daß man den Dezenten, die akademisch gebildet sind, 600 K und den anderen, die Mittelschulbildung haben, 400 K pro Stunde und Jahr gewährt. Auch die Funktionszulage des Leiters der Akademie ist mit 2500 K zu niedrig gemessen. Auch in idealer Hinsicht müsse den Wünschen der Lehrerschaft Rechnung getragen werden, die sich auf die Prüfungskommissionen und auf das Zeugniswesen beziehen. Ich halte irgend eine Überstützung so gefährlich als auf dem Gebiete der Schule, namentlich in der heutigen Zeit, in der alle Geister in Aufregung sind und unsere Kinder nicht einmal jene Normalschulbildung genießen, die sie in der nicht-reformierten Volksschule genossen haben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es Pflicht der Notwendigkeit ist, ~~so~~ ~~als~~ früher die Lernschule in eine Arbeitsschule umzuwandeln. Wenn Sie glauben, daß diese Idee eine neue Erfindung der jetzigen Zeit ist, so ihren Sie sich. Ich möchte daher, daß infolge zu vielen Experi-

mentierens die Hauptaufgabe unserer Volksschulbildung übersehen wird, die Erziehung- und die Unterrichtsaufgabe, daß unsere Kinder ordentlich lesen, rechnen und schreiben in der Volksschule lernen. Es soll vernünftig reformiert, aber nicht experimentiert werden und die Reform muß auf das gute Alte aufbauen und darf in keiner Weise überstürzt werden. Es muß neben der gerechten Wertschätzung der manuellen Arbeit eine gerechte Wertschätzung der geistigen Arbeit Platz greifen.

Ein zweiter Punkt ist die Frage der Einheitschule. Es ist zweifellos, dass der Uebertritt von einer Schulkategorie zu einer anderen soviel als möglich erleichtert werde, aber ihn so durchzuführen, wie er in dem Reformplan enthalten ist, dafür ist die Zeit noch nicht gekommen. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass es unbedingt notwendig ist, keine der bestehenden Schulkategorien vorläufig aufzulassen, Gymnasium und Realschule haben sich bewährt, ob sich die sogenannte „Deutsche Mittelschule“ bewähren wird, wissen wir noch nicht. Es haben sich auch in der Schule eine Reihe von Arten Organisation gebildet. Ueber die Schülerräte ist wohl das Urteil geschlossen und brauche mich nicht mehr damit zu beschäftigen. Wenn wir ein gewisses Mass der Mitbeteiligung reifer Schüler zulassen, so kann das höchstens auf dem Gebiete einer vorsichtig geführten Schulgemeinde sein. Die Elternräte sind ein eigenes Kapitel. Die Mitwirkung der Eltern an der Schule ist ja auch keine neue Erfindung. Denn unsere Väter und Großväter sind zum Lehrer gegangen, wenn sie ihre Pflicht erfüllten, haben sich mit dem Lehrer besprochen, und haben in dieser Form des Zusammenwirkens zwischen Schule und Haus weit mehr erreicht, weil solche Dinge vor ein grosses Forum nicht taugen. Ich lasse auch die Elternräte zu, wenn Sie wirklich ein Organ der Mitbeteiligung der Elternschaft bleiben. Aber die Politik muss aus den Elternversammlungen verschwinden und ich kann ihrer Partei den Vorwurf nicht eraparen, als dass sie einzelne Versammlungen zu einem politischen Forum machen. Es muss verpönt werden, wenn in einer Konferenz der Eltern und Lehrer, die über das Wohl und Wehe der schulbesuchenden Kinder zu beraten hat, ein politischer Agitationsfond hineingetragen wird. Es bestehen auch noch die ordentlichen Schulbehörden, der Orts-, Bezirks- und Landesschulrat. Im Ortsschulrat des 9. Bezirkes ist es vorgekommen, dass er mit amtlichen Kuriers-Gesandten Einladungen zu einer Versammlung geschickt hat, in der der Unterstaatssekretär für Unterricht gesprochen hat. Diese Versammlung war aber eine Wählerversammlung, gezeichnet von der sozialdemokratischen Bezirksparteileitung. Das ist eine parteipolitische Agitation durch eine Schulbehörde, die nicht geduldet werden darf. Wenn der Schuldiener die Einladungen gemacht hätte, so wäre er zur Rechenschaft zu ziehen,

wenn das aber der Ortsschulrat, eine öffentliche Behörde macht, so macht er sich eines Missbrauches der Amtsgewalt schuldig. Aufgabe der Lehrerkademie wird es sein, die Lehrer dahin aufzuklären, dass sie sich solche Dinge nicht gefallen lassen brauchen.

Das Lesebuch soll nächstes Jahr verschwinden und es sollen an seine Stelle Jugendschriften treten. Wenn schon das Experiment mit diesen Jugendschriften als Grundlage des Elementarunterrichtes gemacht wird, verlangen wir, dass diese nicht nur von einer gewissen Meistes- und Parteirichtung beeinflusst, sondern auch Angehörige des christlich-gesinnten Teiles der Bevölkerung - und das ist trotz des Ausfalles der Wahlen der Überwiegende (Beifall ~~xxx~~ bei den Christl.-Sozialen) - gehört werden. Wenn sich die Lehrerkademie zur Lehrerhochschule entwickelt, muss in dieser ein Geist bleiben oder einziehen, der unbedingt darauf Rücksicht nimmt, dass die Anzahl des Volkes heute noch auf dem Standpunkte des § 1 des Reichsvolksschulgesetzes steht, welches von der Schule die sittlich-religiöse Erziehung und Vermittlung der Kenntnisse und Fertigkeiten für das praktische Leben verlangt. Wir müssten uns auf das entschiedenste dagegen verwehren, dass im Verordnungswege gewisse Grundfesten der Erziehung unseres Volkes aus der Schule entfernt werden (Beifall links). Wenn schon die sittlich-religiöse Erziehung im Verordnungswege derartige Beschränkungen erfahren hat, dass man sie fast nicht mehr erkennt, müssen wir auf dem Standpunkte stehen, dass die zukünftige Verfassung daran ziehen muss, dass unsere Kinder in der Schule sittlich-religiös erzogen werden. Wenn Sie die Simultanschule in eine religionslose Schule umwandeln wollen, müssen Sie dem katholischen, jüdischen Teile der Bevölkerung die konfessionelle Schule zusichern und es wird kein Unglück sein, wenn sie eingeführt wird. Die Lehrerkademie muss berufen sein, einen Geist in der Schule walten zu lassen, der unsere Kinder wieder zum Autoritätsgefühl erzieht. Ich warne Sie, einen Weg einzuschlagen, durch welchen jedes Autoritätsgefühl in unserer Jugend untergraben wird. Es ist im Interesse aller gelegen, wenn unsere Jugend, wieder zur Achtung vor Gott und der Gesellschaft erzogen wird. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Jerde (Soz. Dem.): Bevor ich auf das politische Gebiet meines Vordrager folge, möchte ich zunächst zur Sache zurückkehren. Wenn wir heute diesen Anträge zustimmen, folgen wir einer Vereinbarung der Gemeinde mit dem Landtag, in der auch ausgesprochen wurde, daß jede Veränderung mit dieser Akademie der Zustimmung der Gemeinde bedarf. Die Leistung der Gemeinde hierzu hat ihre Begründung darin, daß zumeist Wiener Lehrer dort unterrichtet werden. Wenn wir zustimmen, möchte nicht unterlas-

sen festzustellen, daß wir aus prinzipiellen Gründen eigentlich nicht ganz mit dem Wege einverstanden sind, den die Lehrerbildungsfrage hier genommen hat. Wir wollen auch ausdrücklich erklären, daß damit die Frage der Lehrerbildung künftig nicht gelöst ist und auch nicht präjudiziert werden soll. Ich und meine Partei stehen auf dem Standpunkte der Verstaatlichung des gesamten Schulwesens und der Lehrerschaft, denn es ist für ein Land von 6 Millionen Einwohnern eine Leberlichkeit, für jedes einzelne Land eine eigene Schulverfassung haben zu lassen. Auch

in pädagogischer Hinsicht bedeutet diese Akademie nur ein Privilegium, denn die freiheitliche Lehrerschaft hat seit 5 Jahrzehnten für die Verlegung der Lehrerbildung an die Hochschule gekämpft, aber bei den Letztern des Unterrichtsraumes, die immer nur von adeliger Unvernunft geführt waren, nie ein Verständnis dafür gefunden. Wir hoffen, daß dies jetzt sich geändert haben wird, trotz der berüchtigten Denkschrift der Unversitätsreformer die sich mit aller Macht dagegen ausspricht. Wir begreifen den

Standpunkt der Universitäts, denn sie ist ja jetzt in Oesterreich der Herr der Reaktionen geworden und sie verteidigt damit ein Monopol der besitzenden Klassen, denn die Arbeiterklasse hat den Weg zur Hochschule bisher nie finden können. Es freut mich auch, daß gerade mein Vorgesetzter für die Hochschulbildung der Lehrerschaft eintritt, denn es ist daraus zu ersehen, daß der Umsturz nicht ganz ohne Wirkung an ihm verübergangen ist, wenn auch seine Begeisterung ziemlich neuen Datums ist. Wir nehmen unsere Mitkämpfer für unsere Forderung eher wir sie bekommen und vielleicht haben Sie in der nächsten Zeit schon Gelegenheit diese Begeisterung in die Tat umzusetzen.

Die Lehrerschaft hat ein gewisses Misstrauen gegen die Akademie, die sie als eine Art Universitätssatz betrachtet. Ein Ubergangsstadium ist aber nötig, schon deshalb, weil die Akademie die Vorarbeiten für die Schulreform zu leisten hat. Die ältere Lehrerbildung entsprach nicht dem Geiste der neuen Zeit. Die Stadt Wien ist mit unerfahrenen Lehrern überschwemmt worden, die Lehrer konnten nicht einmal einen Brief schreiben oder Rechnungen der 5. Volksschulklasse lösen. Es ist daher kein Wunder, wenn in der Lehrerschaft das Streben nach pädagogischer Fortbildung besteht. Denn Mikroskopallzulange war es für ein Lehrer besser, bei irgend einem christlichsozialen Greislerweise Schriftführer zu sein, wenn er Oberlehrer werden wollte, als dann wenn er etwas geleistet hat. Auch der Krieg hat auf die Lehrerbildung hemmend gewirkt und es ist daher kein Wunder, wenn diese Lehrerschaft gerade jetzt nicht geeignet ist, die Schulreform durchzuführen. Wenn von GR. Rummelhardt die Dezentur des Max Adler verhalten wurde, so hat dieser ja auch sein Gegengewicht in dem Pater Giese. Das Ubergangsstadium der Akademie weist verschiedene Mängel auf, die im Lauf der Zeit werden beseitigt werden; und es ist zu hoffen, daß Verhältnisse eintreten, die die Erwartungen, die im Interesse der Lehrerschaft auf der Akademie besetzt werden, erfüllt werden.

Kollege Rummelhardt hat von der Schulreform und von einer Reklame gesprochen, die damit getrieben werden. Es ist unmöglich, ein so großzügiges Werk anders durchzusetzen, als daß wir die ganze Bevölkerung mit dem Geiste der Schulreform erfüllen. Im Jahre 1869 ist das Volksschulgesetz am grünen Tisch geschaffen worden und die Liberalen haben es nicht verstanden, die Schulreform in die breiten Massen der Bevölkerung hineinzutragen. Das mag die Ursache dessen sein, daß das Schulgesetz nicht voll zur Geltung gekommen ist und die schwarzen Rappen davon allmählich Stück um Stück herausbeißten. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Gegenrufe bei den Christlichsozialen). Wenn Sie es Reklame nennen wollen, mögen Sie es tun, aber Sie werden

uns nicht hindern, daß wir die Schulreform an die große Masse des Volkes tragen, und dann werden Sie die Schulreform nicht so leicht entwurzeln können, wie Sie das Reichsvolksschulgesetz entwurzelt haben. (GR. Rummelhardt: Wir sind nicht gegen die Schulreform.)

Kollege Rummelhardt hat auch von einer Ueberstürzung gesprochen. Ich gebe zu, daß wir nicht Unterrichtsminister haben werden, die 7 Jahre im Ministerium sitzen, wie Russarek. Selbstverständlich wird unser Unterrichtsstaatssekretär mit aller Tatkraft sich für sein Werk einsetzen.

GR. Leopoldine Qlöckel (Soz. Dem.): Er hat ja demissioniert.
GR. Persinger (Soz. Dem.): Rummelhardt, nur zugreifen zur Regierung!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Das würde Euch passen.

GR. Jorde (Soz. Dem.): Von einer Ueberstürzung zu sprechen ist deplaciert, nachdem Kollege Rummelhardt ganz gut weiß, wie sorgfältig die Schulreform vorbereitet wird. Er spricht von einer Ueberstürzung, weil er eine Angst hat, die Schulreform könnte rascher gemacht werden, als seine Partei mit dem Gegenwind kommen könnte. Es hat auch niemand von uns behauptet, daß wir die Arbeitsschule erfunden haben. Wenn z. B. Kemius und Pestalozzi in der Lehrerschaft nicht zu Werte gekommen sind, trägt die alte Zeit daran schuld, die sich Pädagogien ausgesucht hat, die die Kinder mehr für das Jenseits als für das Diesseits vorbereitet haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. - GR. Rummelhardt: Wie man eine solche Frage so behandeln kann, ist unglücklich.) Ich möchte nur wünschen, daß Kollege Rummelhardt die neue Begeisterung für die Arbeitsschule auch in jenen Kreisen verbreite, die an der höchsten Stufe des Schulwesens stehen und gerade gegen den Arbeitsgedanken losgehen. Wir werden die geistige Arbeit nicht unterschätzen und wenn Sie den Gedanken der Einheitschule aufgefaßt haben und wenn Sie wissen, wie gerade das Begabungsproblem ausgewertet wird, werden Sie wissen, daß in der Einheitschule keine Talente verkümmern werden. Das hat die frühere Schullehre nicht gekannt und das machen wir ihr zum Vorwurf, daß die Talente nicht ausgewählt werden sind kraft ihres Talenten, sondern kraft des Geldsackes. Den geistigen Aufstieg haben die Kinder des Proletariats nicht machen können.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sind nicht auch Proletariatskinder Gelehrte geworden?

GR. Jorde (Soz. Dem.): Das leugnen wir nicht, aber auf dem beschämenden Wege der Unthätigkeit. Wir können es in Zukunft nicht mehr dem Zufall überlassen, daß auch ein gutes Proletariat den Aufstieg nimmt, sondern die Arbeiterschaft hat ein begründetes Recht und vollen Anspruch auch umfassende geistige Bildung. Mein Vorgesetzter hat auch über die Elternräte gesprochen, ein Kapitel

welches er nach dem Erscheinen der letzten Zeit lieber hätte nicht ansprechen sollen. Nicht wir haben die Politik dahineingetragen, denn wir standen von Anfang auf dem Standpunkte der völlig unpolitischen Gestaltung dieser Institution. Wir wissen auch ganz genau, daß die Frage der Schulreform nicht an den Sitzungen der Elternräte entschieden wird, und wir haben daher die Elternräte auch nur als eine Mithilfe bei der Schulreform und in Fragen des Unterrichtes in Betracht. Die ganze Einleitung des Kollegen Rummelhardt zur Schulreform war die Frage der religiösen Übungen. Bei der Schulreform hat die Religion nichts zuzusetzen. Die Religion hat bei der Schulreform nicht zu tun, sie spielt aber in anderer Hinsicht eine Rolle, weil wir nicht wollen, daß die Kinder zu einer Anschauung gezwungen werden. Es war vielleicht in der Monarchie möglich, Eltern, Lehrer und Kinder zu einer religiösen Handlung zu zwingen. Wir aber halten die Religion für eine innere Angelegenheit, zu der niemand gezwungen werden kann. Wir verwahren uns aber dagegen, daß 7 jährige Kinder zur Beichte gezwungen werden. Gewiss ist die Autorität gesunken, aber jene Autorität, von der wir wünschen, daß sie niemals wiederkehrt, die aufgebaut war auf der Gewalt und auf den Bajonetten. Wir wollen eine Autorität, die aus dem Volke aufsteigen soll, und gerade durch die Schulreform soll jene Autorität aufgebaut werden, die unsere Jugend zu Staatsbürgern herantreibt, die sich dieser Autorität bewusst sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

GR. Schmitz (chr. soz.): Die Behauptung des GR. Jorde, daß seine Partei an den Sakramenten nicht anrührt, ist vorher vom GR. Skaret Lügen gestraft worden. Wie wir von einwandfreien Zeugen berichtet wird, hat dieser eine unflätige Bemerkung über das Sakrament der Beichte gemacht, indem er von gelben Pfaffen gesprochen hat, ich hätte gerade von ihm eine solche Entgleisung nicht erwartet und ich kann mir Recht verlangen, daß niemand in diesem Saale hier eine Religionsgenossenschaft in dieser Weise beleidigen und herabsetzen darf. (Lebhafte Zwischenrufe auf beiden Seiten). Ebenso erstaunt bin ich über den Ausspruch des GR. Jorde, die Stadt Wien ist mit unzulänglichen Lehrern überschwemmt.

GR. Taubler (Soz. Dem.): Ja, durch eure Wirtschaft.

GR. Schmitz: Es wäre interessant festzustellen, wieviel von dieser Ueberstürmung auf Ihrer Seite sitzt. (Neuerliche Zwischenrufe). Im Zusammenhang mit dieser Herabsetzung und Verdächtigung der Wiener Lehrerschaft hat Jorde Bemerkungen über Protektion und Bizantinismus unter den Christlichsozialen gemacht. Wie erklärt er es da, daß in den allerletzten Wochen die Frau des Präsidenten Seitz von 11 sozialdemokratischen Orteschulbehörden in Wien an erster Stelle geschlagen wurde. Anhaltende

Zwischenrufe auf beiden Seiten des Hauses).
Die Vorsitzende setzt wiederholt die Glocke in Bewegung und ersucht eindringlich um Ruhe für den Redner. Sie sagt unter anderem: Herr GR. Taubler, Sie haben nicht das Wort. Ironischer Beifall und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. Vorsitzende Frau Seidel; Herr GR. Vaugoin, Sie haben aber auch nicht das Wort. (Heiterkeit bei der Majorität). Herr GR. Schmitz: Ich ersuche Sie zurückzutreten zu sprechen und die Herren Kollegen ersuche ich, sich aus dem Gegenstande keine Ueberbelangung zu machen.

GR. Schmitz: Die Betriebsräte haben auch beschlossen, 40 Heller für die Partei abzurufen. Das Betriebsratsgesetz steht aber Abgeben für Parteizwecke nicht vor, und es ist daher zu einer solchen Abgabe keine Berechtigung vorhanden. Wenn davon gesprochen wird, daß den Kindern sozialer Familien der freie Weg gebahnt werde, so dürfte man aber nicht nur jährliche Kinder bezuschuligen. Was GR. Jorde von der Autorität gesprochen hat, der staatsbürgerlichen Erziehung, so unterschätze ich das vollkommen. Die Kinder

sollen einander achten und miteinander arbeiten, denn dann wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass sie sich gegenseitig aufhetzen. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Aline Kurtmüller (Soz. Dem.) Ich möchte mit Befriedigung feststellen, daß die Rede, die Kollege Hummelhardt hier gehalten hat, zur großen Teile in einer christlichsozialen Wählerversammlung aufgefallen wäre, aber auch außerordentlich aufklärend und neu wirkt hätte. Außerordentlich neu gewirkt hätte, daß die Schulreform nicht ein Soziwerk ist, sondern ein Werk, das eine historische Vergangenheit hat, aber vor dem Ergreifen des Unterrichtsamtes durch einen Sozialdemokraten noch niemals in Oesterreich in Angriff genommen worden ist. Wir stehen also vor der Unetimmigkeit, daß auf der einen Seite alles was für die Schule in der letzten Zeit geschehen ist, Soziwerk von Säkulargeist erfüllt ist, auf der anderen Seite, daß die Schulreform die Arbeitsschule eine uralte Idee und nicht geistiges Eigentum des bisherigen Unterstaatssekretärs Glöckel ist, Dinge, an denen wir nie gezweifelt haben. Was aber neu ist, das ist, daß wir im Laufe der einundeinhalb Jahre, seit dem der bisherige Staatssekretär für Unterricht im Amte ist, einen unvorhergesehenen Aufschwung des gesamten Bildungswesens in unserer Republik zu verzeichnen haben, an dem Jahrzehnte, ja Jahrhunderte früherer Zeiten nicht heranreichen. Das ist eine Tatsache an der keine böswillige oder gutwillige Kritik etwas ändern kann. Wenn Kollege Hummelhardt trotz seiner Einsicht in der Schulfrage es versucht, die demokratischen Einrichtungen der Schulgemeinden und Elternräte herabzuziehen und lächerlich zu machen, so kann das nur verfasste Absicht sein. Der einsichtige weiß, daß die Schulgemeinden außerordentlich segensreich wirken und daß nirgends auf der Welt von Schülerräten die Rede war. Die Schulgemeinde ist Demokratie und Geist der Freiheit von unten auf und da geht sofort ein Rattern durch die Reihen aller Schulfeinde.

Unzählige Elternversammlungen sind unbehellig und ungehindert verlaufen und es ist in ihnen nicht mit einem Worte Politik gemacht worden. Es giebt eben eine Partei, die sich an Verträge loyal zu halten gewohnt ist. (Beifall bei der Mehrheit.) Für uns ist aber der Kampf für die Wissenschaft und Bildung vor allem eine Frage der Volksaufklärung und kein Politikum sondern eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Für Sie aber ist jeder Versuch, Bildung zu verbessern ein Schreckschuss.

Berichterstatter Dr. Hellmann erklärt in seinem Schlussworte, dass es nicht richtig sei, daß die Lehrerkademe eine Abspaltung der christlichsozialen Partei ist, denn die Partei habe sie seinerzeit aus Verlegenheit auf das Land hingebissen, welches daran war das Unternehmen anzufassen. Wenn dann in der

Verhandlung der Beschlüsse wurde, das Frau-Präsident Seitz in 11
Ordnung der vorgeschlagenen 4, so gebietet sie an der älteren
Lehrkräfte und die sozialdemokratischen Lehrkräfte schlugen in
11 Ordnung der vorgeschlagenen 4, so gebietet sie an der älteren
einer anderen Verlegenheit anzuführen

Nach einer katechetischen Berichtigung des Dr. Hummelhardt
und des Dr. Jorde wird der Antrag des Referenten angenommen.
Hierauf finden noch Wahlen in einzelnen Kommissionen und
Kurskorrektur statt, worauf die Sitzung geschlossen wird.